

Herr Landrat,
geehrte Kolleginnen und Kollegen,
liebe Gäste,

Haushalt 2020

Was bedeutet, dass die kommunalen Aufgaben, die Leistungsfähigkeit des Kreises dauerhaft übersteigen? Nach Kommunalrecht (§10 GemO) wird für die Schaffung und Bereitstellung öffentlicher Einrichtungen als Grenze der Aufgabenerfüllung die Leistungsfähigkeit der Kommune gesetzt. Muss der Neckar-Odenwald-Kreis jetzt den Offenbarungseid leisten?

„Im Januar muss eine Entscheidung fallen!“, Ihr Tenor Herr Landrat!

Geehrte Kolleginnen und Kollegen, ging Ihnen das zu schnell?

In meiner Rede werde ich auf Verpflichtungen aus dem Bundesteilhabegesetz, Kindeswohl, auf Verkehrsinfrastruktur, auf Klimaschutz, Müllvermeidung, aufs Ganztagesgymnasium Osterburken, und natürlich auf die Neckar-Odenwald-Kliniken eingehen.
Ziel der Haushaltsplanung und –Beschlussfassung ist die kommunalen Aufgaben, Pflichtaufgaben und Freiwilligkeitsleistungen, zu benennen, ihre Bedarfe zu ermitteln und ihre Finanzierung jährlich und dauerhaft sicherzustellen, nicht mehr und nicht weniger.

Wir sind hier einer Meinung mit Landrat Dr. Brötel der in seiner Haushaltsrede hofft, dass wir alle bei dem was auf uns zukommt, sachlich, konstruktiv und lösungsorientiert miteinander diskutieren und dann gemeinsam eine verantwortbare Entscheidung treffen.

Was bedeutet Daseinsvorsorge?

Was können wir? Was müssen wir? Was brauchen wir nicht?

Was ist kluger Umgang mit öffentlichen Aufgaben?

Ist es sachlich all das, was gerade keine maximale Freude, keinen sichtbaren Gewinn, keine positive Öffentlichkeitswirksamkeit bringt, zu streichen? Dürfen wir das überhaupt?

Ist es lösungsorientiert populistische Reden zu schwingen?

Wäre es nicht **sachlicher** die **inhaltlichen Bedarfe** genau zu ermitteln?

Wäre es nicht **konstruktiver** die **Bevölkerung mitzunehmen** um dann gemeinsam eine verantwortbare Entscheidung zu treffen? Wäre es nicht **klüger** sich **Verbündete** zu suchen?

Das Bundesteilhabegesetz „bedeutet Mehrkosten von mindestens 1,1 Mio. €“ „bedeutet einen riesigen Mehraufwand“, „bedeutet 3,5 Stellen für die Bedarfsermittlung“, „soll der Herr Sozialminister sein Wunschkonzert jetzt im Rahmen einer Rechtsverordnung festsetzen, notfalls sehen wir uns vor Gericht“.

Sind diese Aussagen aus der Haushaltsrede des Landrats sachlich, konstruktiv, lösungsorientiert?

Weil eben zum BTHG Aussagen über die Landesfinanzierung getroffen wurde, Thomas Ludwig z.B. hier die andere Wahrheit. *(lese aus einer Mail vom handy ab:)*

„Das Land ist grundsätzlich bereit, den Kommunen ab 1.1.2020 BTHG-bedingte Mehraufwendungen zu erstatten. Voraussetzung dafür ist, dass die Stadt- und Landkreise den gemeinsam ausgehandelten Landesrahmenvertrag unterzeichnen.

Davor hat das Land bereits im Jahr 2019 freiwillig und ohne einen Nachweis zu verlangen 50 Mio. € an die Stadt- und Landkreise bezahlt, um den Umstellungsaufwand mitzufinanzieren, obwohl es noch keine landesrechtliche Gesetzgebung zum BTHG gab. Diese wird erst zum 1.1.2020 wirksam.

Wir machen den Kommunen ein sehr faires Angebot: Es geht für die Kommunen im Vergleich zum Regierungsentwurf des Staatshaushaltplanes um zusätzlich 60 Millionen Euro und um die unmittelbare Auszahlung der bisher als Rücklage vorgesehenen Mittel (80 Millionen Euro). Das neue Angebot beim BTHG sieht damit Abschlagszahlungen über 126 Millionen Euro vor (2020: 65 Millionen Euro, 2021: 61 Millionen Euro). Am Ende sollen die Kosten spitz abgerechnet werden, d.h. fehlende Beträge werden vom Land nachbezahlt, zu viel überwiesenes Geld wird dem Land rückerstattet.

Die Verhandlungen sind deshalb kompliziert, weil manche Landkreise Mehraufwendungen dem BTHG zurechnen wollen, obwohl dies nicht der Fall ist.

Durch die Trennung von existenzsichernden Leistungen und Fachleistungen werden die Landkreise bei den Ausgaben entlastet, da die Grundsicherung vom Bund mitfinanziert wird. Auch das wird in der Kostenrechnung gerne mal unterschlagen.“

Möge die Presse recherchieren, was hier richtig ist! Die Wahrheit wird ans Licht kommen!
Ende des Einschubs

Wir sprechen über Teilhabe, wir sprechen über die universelle Gültigkeit der

Menschenrechte: „Das Bundesteilhabegesetz hat zum Ziel, die Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen im Sinne von mehr Teilhabe und mehr Selbstbestimmung zu verbessern. Es geht nicht um Sonderrechte, sondern um Konkretisierung der Menschenrechte aus der Perspektive der Menschen mit Behinderungen und vor dem Hintergrund ihrer Lebenslagen.

Das Land gibt ein Bedarfsermittlungsinstrument (BEI_BW) an die Hand, damit für alle Menschen mit Behinderungen zwischen dem Neckar-Odenwald- und dem Bodenseekreis die gleichen Bedingungen gelten. Es wurde von den Trägern der Eingliederungshilfe (Stadt- und Landkreise), den Leistungserbringern und der Interessenvertretung der Menschen mit Behinderung unter Moderation der Landesregierung entwickelt (BEI_BW). Menschen werden nicht mehr eingeteilt in Hilfebedarfsgruppen. Ob jemand stationär oder ambulant lebt, spielt keine Rolle mehr, der individuelle Bedarf wird festgestellt, Teilhabe ermöglicht. Das Verfahren ist transparent, **Menschenrechte sind universell, gibt es da was zu diskutieren?**

Durch die Trennung von existenzsichernden Leistungen und Fachleistungen zahlt der Bund bei der Grundsicherung mit, werden die Landkreise entlastet. Unser **Ministerpräsident und die Finanzministerin haben Konnexität eingeräumt, dann wird das doch auch gelingen!**

Ein kleiner Einschub zu den Flüchtlingen: Die Geduldeten, sind u.E. kein Kostenrisiko, das Land wird zu seinen Zusagen stehen. Der Einschub unseres Landrats in seiner Haushaltsrede bezüglich des **Eltern-Kind-Verhaltens anderer Kulturen**, nämlich dass „bestimmte Verhaltensmuster in Deutschland als Kindeswohlgefährdung bewertet werden“ ist eine pauschale Verallgemeinerung, die wir so nicht stehen lassen wollen, eine Rückfrage beim Frauen- und Kinderschutzhaus wird unsere Auffassung bestätigen. Sachlich, konstruktiv und Lösungsorientiert sieht anders aus.

Wir freuen uns, dass am 12. Dezember der **Bauland- Express** Fahrt aufnimmt. Drei Jahre können die Menschen an dieser Bahnlinie zeigen, wie wichtig ihnen dieser Bahnanschluss ist und Bauland-Express fahren, damit er weiterfährt. Der regionale Name ist wichtig, dieses Anliegen von pro-provincia unterstützen wir und danke für deren Engagement!

Im Neckartal wird der Nahverkehr mit Fahrplanwechsel auch besser.

Schade finden wir es, dass die **Madonnenlandbahn** nicht noch schneller zu Landesstandards kommt, aber wenn unser Antrag just zu der Zeit in der Sommerpause ans

Verkehrsministerium geschickt wird...aber lassen wir das, wer nicht will hat g'habt...

Wichtig ist uns auch, dass alle **Busse** wie vereinbart fahren und niemand stehen bleibt. Denn nur positive Erfahrungen halten Menschen bei den Öffis. Dass Busfahrer mit google Maps ihre Route finden müssen, mangels Ortskenntnis, wie in der lösungsorientierten Haushaltsrede des Landrats beschrieben, wäre bei ausreichender Funkabdeckung eher das geringste Problem im Busverkehr.

Radwege werden vom Landkreis gefördert, diese Haushaltsposition zählt zur „Luft“ im Haushalt, denn die Kommunen rufen die Mittel nicht (vollständig) ab, dabei ist Fahrradinfrastruktur ein Baustein moderner multimodaler Verkehrspolitik und beim Bürger durchaus nachgefragt.

In der Nicht Ausführung der **Transversale** sehen wir nach wie vor Einsparpotential für unsere angespannten Kreisfinanzen, darüber werden wir reden müssen.

Klimaschutz ist uns wichtig, **Nachhaltigkeit** eine Querschnittsaufgabe. Was ist aus dem **klimaschutzbasierten Investitionsprogramm**, das der vorletzte Kreistag zu Ende seiner Legislatur beschlossen hatte, geworden. Welche Maßnahmen wurden bisher ergriffen? Was davon findet sich im Haushalt 2020? Das BHKW für den Komplex Präsident Wittemann Str. 9, energetische Sanierung an Schulen gehören zu diesen Maßnahmen, die wir sehr befürworten. Wir bitten die Verwaltung die Maßnahmen, die aus dem klimaschutzbasierten Investitionsprogramm entwickelt wurden, dem Kreistag in naher Zukunft vorzustellen, denn wir suchen nach sachlichen, konstruktiven und lösungsorientierten Vorschlägen um unseren Kreishaushalt und unseren Landkreis zukunftsfähig zu machen.

Der letzte **Energiebericht** zu den kreiseigenen Gebäuden wurde 2014 vorgelegt, eigentlich wollte man das jährlich tun, das ist trotz Klimaschutzmanagement nicht passiert, wie anders wäre es mit der Teilnahme am Energie- Award gelaufen... Regelmäßige Kontrolle, jährliches Audit und Partizipation auch der Schülerinnen und Schüler und des Lehrerkollegiums hätte stattgefunden und wir müssten vermutlich nicht bedauern, dass das

Energieeinsparungscontracting an Schulen am Schlechtesten funktioniert hat. Herr Schork

hat in Verwaltung und Finanzen zugesichert, dass der Energiebericht derzeit, nach 6 Jahren(!!!), überarbeitet wird.

Restmüllfrei Abfallwirtschaft ist an der Realität gescheitert. Die roten Störstofftonnen wurden zu Restmülltonnen, doch das Verpackungsmaterial wurde trotz Kreislaufwirtschaft auch nie wirklich verwertet, sondern landete auf den Hinterhöfen unserer Einen Welt.

Müllvermeidung ist das Gebot der Stunde. Und wir sind darüber hinaus auf sortenreine Sammlungen angewiesen, damit echte Verwertung stattfinden kann. Wenn wir uns verunglückten Worten, wie „Müllsheriffs“ aufgeilen, statt sachlich, konstruktiv und lösungsorientiert die Welt für uns, unsere Kinder und unsere Nachbarn in der Einen Welt zu gestalten, verlagern oder zerreden wir nur und wir zerreißen bewusst das Band der Solidargemeinschaft. Vergessen wir nie, wir haben die Welt nur geliehen!

Apropos Welt von unseren Kindern geliehen. Über 5.000 Schülerinnen und Schüler besuchen jährlich kreiseigene **Schulen**. Der Nettoressourcenbedarf für Schulen liegt bei rund 7 Mio € für das Jahr 2020 Schülerbeförderung inklusive. Gut, dass wir mit dem **Schulersatzbau des GTO** in den Architektenwettbewerb gehen und die erste gebundene Ganztageschule Baden-Württembergs Aussicht auf ein neues, energetisch und technisch modernes Schulgebäude hat.

Die Lehrerinnen und Lehrer an unseren Schulen leisten hervorragende Arbeit, das muss an dieser Stelle gesagt werden.

Die Umsetzung des **Pflegeberufereformgesetzes**, auch ein Schulthema, wobei ich wirklich gerne wissen würde, inwieweit es haushalterisch mit den Kliniken verquickt ist, ist etwas holprig gestartet, wir hatten auch im Sozialministerium nachgefragt.

Es hatte eine Koordination erforderlich gemacht. Der Landkreis hat die Brisanz erkannt, im Pflegenotstand ist nichts wichtiger als Ausbildungsplätze, und zum 01.10.2019 eine Stelle geschaffen, damit auch in 2020 ausgebildet werden kann. Die neue Ausbildung erfolgt breit und die wenigsten Ausbildungsbetriebe können das geforderte Gesamtspektrum ihren Auszubildenden in ihrer Einrichtung in der Praxis vermitteln, das geht nur in Kooperationen. So geht sachlich, konstruktiv und lösungsorientiert!

Was soll ich zu den **Kliniken** sagen:

Die **Lage ist höchst undurchsichtig und höchst politisch**. Wir stehen im Spannungsverhältnis zwischen Bund, Land, Krankenkassen, kassenärztlicher Vereinigung, Patienten, Ärzten, Pflege...

Sätze und Satzfragmente aus der Haushaltsrede des Landrats wie: „Unsere eigene Zukunft entscheidet sich mit der Zukunft der Neckar-Odenwald-Kliniken.“ „Für den Neckar-Odenwald-Kreis bedeutet das, dass wir Millionendefizite tragen, für die wir eigentlich nicht zuständig sind.“ „Und es soll auf einmal kommunale Aufgabe sein, die medizinische Grundversorgung zu subventionieren.“ „weder Mosbach noch Buchen“ „blieben die Menschen schlicht unversorgt“ sind weder sachlich vollständig richtig, noch konstruktiv, noch lösungsorientiert. Sie verängstigen und bereiten den Weg hin zur Panik und Alternativlosigkeit.

Krankenhausversorgung ist wie Kindertagesstätten, Schulen, kommunale Straßen, Sozialhilfe kommunale Pflichtaufgabe. Die Krankenhausversorgung ist im Landeskrankenhausgesetz verankert. Die Bedarfe der Pflichtaufgaben werden aus den Finanzierungsmitteln der kommunalen Aufgabenträger finanziert. Doch bei den Kliniken gab es ein Narrativ, die Erzählung über die schwarze Null, eine Erzählung, die sich im Nachhinein, wie bei vielen Privatisierungen als Märchen entpuppte.

Jetzt, so Landrat Dr. Brötel „werden“ wir „schon sehr bald auch über schmerzliche Einschnitte in den Versorgungsstrukturen entscheiden, denn für Häuser mit unserem Versorgungsauftrag sei im derzeitigen System der Krankenhausfinanzierung einfach kein Platz“. Und wir hören „Was wir im ländlichen Raum dringend brauchen, ist ein sektoraler Umbau der Krankenhausversorgung, der diejenigen Strukturen vor Ort erhält, die dort zwingend notwendig sind, der umgekehrt aber auch das zentralisiert, was ohne weiteres zentralisiert werden kann“.

Vor 5 ½ Jahren habe ich im Kreistag zu diesem Thema folgende Rede gehalten:

„Sehr geehrte Damen und Herren,

die Neckar- Odenwald- Klinken sind immer noch in unruhigem Fahrwasser, bei den niedergelassenen Ärzten herrscht mehr oder weniger Unzufriedenheit über die Zusammenarbeit mit den Kliniken, wir diskutieren über Notfallzentralen, ärztlicher Bereitschaftsdienst, die Situation der Hebammen, über die Sorgen der Bevölkerung „Was wenn ich krank werde?“

Wir Grüne meinen, es ist höchste Zeit den Ist-Stand an Gesundheitsversorgung aufzunehmen, einen Sollzustand festzulegen und für den Weg dahin Maßnahmen zu definieren.

Wir haben daher den Antrag auf Implementierung einer regionalen Gesundheitskonferenz gestellt.

Denn um langfristig eine sichere und zukunftsfähige Gesundheits- und Pflegeversorgung im Ländlichen Raum zu gewährleisten, muss es eine regionale Gesundheitskonferenz geben, die tragfähige Strukturdaten ermittelt und daraus Konzepte für die Zukunft entwickeln kann.

Es geht um einen zielgerichteten Prozess, nicht um weiche Faktoren, sondern um harte Fakten.

Es bedarf eines straffen Zeitplans und einer stringenten Ablauforganisation.

...

Was wir brauchen ist eine tragfähige Struktur der flächendeckenden Gesundheitsversorgung. Kein nice to have, kein Palaver um den heißen Brei, sondern auf solider Datenbasis ermittelte nötige Infrastruktur.

Wir sind der Meinung, dass es daher einen Prozess, ob als Konferenz oder Runden Tisch, der Akteure unbedingt geben müsste.

Es führt unserer Meinung nach kein Weg daran vorbei, mit allen Anbietern von Gesundheitsleistungen zu reden, und es wäre gut, wenn das nicht in Einzelgesprächen, sondern in gemeinsamen Runden geschehen könnte.

Das klare Ziel muss sein, Ist-Zustand und Soll-Zustand zu ermitteln und zu schauen, wie ein Weg vom Ist zum Soll gemeinsam, schrittweise und verbindlich gegangen werden kann.“

Ich sehe das damals gesagte immer noch so, die Mehrheit des Kreistags hat unseren Antrag abgelehnt, vielleicht weil sie vieles nicht wussten, was nun offensichtlich ist, **dadurch haben wir fette Jahre ohne Not verstreichen lassen...**

Wir kennen das Gegenargument: „Wieder eine „Palaver Runde“ – aber, meine Damen und Herren, lieber eine informierte Palaver Runde als uninformierte Leserbriefe!

Ich komme zum Ende: Die Faustformel, dass die **Kreisumlage dem Nettoressourcenbedarf Soziales und Jugend entsprechen** soll, gilt erstmals wieder in 2020, davor in den fetten Jahren entlastete der Landkreis die kreiseigenen Gemeinden. Das ist gelebte kommunale Solidarität.

Jetzt haben wir eine Durststecke vor uns und Bürgermeister, die jetzt über drängende Aufgaben vor Ort jammern, insbesondere im Bereich der Kleinkindbetreuung und Schule, nämlich Aufgaben, für die gemäß Konnexität Mittel folgen, tun der Sache selbst, einen Bärenienst.

Wir sind jetzt alle gefordert, auch um eine Alternativlosigkeit bei den Neckar-Odenwald-Kliniken abzuwenden und ergebnisoffen mit kühlem Kopf sachlich, konstruktiv und lösungsorientiert für unsere Kreisbevölkerung ein gute Daseinsvorsorge zu treffen. Gut, dass **Schuldenabbau** ist in den letzten Jahren gelungen ist.

Wir bedanken uns bei allen Mitarbeitenden aller kreiseigenen Einrichtungen und der Verwaltung für die engagierte Arbeit im vergangenen Jahr, und wünschen gesegnete Weihnachten!